

Prävention gegen Islamismus



Beschlossen auf dem Bundeskoordinationsausschuss
der Schüler Union Deutschlands
am 02. und 03. Juni 2012
in Bremen

1 Die Schüler Union Deutschlands fordert die Bundesregierung auf,
2 Präventionsprogramme gegen Islamismus weiter zu fördern und zu
3 intensivieren. Zudem fordert die Schüler Union, diese Programme um
4 Beratungsstellen für Betroffene, deren Angehörige sowie „Aussteiger“ zu
5 erweitern. Die Beratungsstellen müssen auf dem Gebiet des religiösen
6 Extremismus, insbesondere des Islamismus, geschult sein und sollen
7 telefonisch, via Internet, aber auch für persönliche Gespräche erreichbar
8 sein.

9

10 Islamische Vereine, deren Unterstützer und Vertreter, die sich einem
11 Dialog versperren und für den flächendeckenden Einzug des Islamismus
12 sorgen, müssen entsprechende Konsequenzen tragen. Eine Prüfung der
13 Vereine, Gemeinschaften, Bildungsstätten und deren Geldgebern ist
14 nötig und muss bis zu deren Verbot führen.

15

16 Mit Sorge beobachtet die Schüler Union die Verbreitung islamistischen
17 Gedankenguts. Nicht nur am Beispiel des ersten islamistischen
18 Terroranschlags im Jahre 2011, sondern auch an sich häufenden
19 Hasspredigern von Gruppierungen wie bspw. den Salafisten ist die
20 zunehmende Bedrohung durch islamistische Gewalttaten zu erkennen.

21

22 Gerade Schülerinnen und Schüler jeglicher Herkunft sind durch ihre
23 Neugier und das oftmals noch ungefestigte Menschen- und Wertebild für
24 Hassprediger leichte Opfer. So rekrutieren nicht nur links- und
25 rechtsextreme, sondern auch extreme religiöse Gruppierungen ihre
26 Anhänger vermehrt aus den Reihen der Schüler und Jugendlichen.
27 Gerade deshalb müssen diese unter dem besonderen Schutz des
28 Staates stehen und Betroffene auf dem Weg in ein normales Leben
29 unterstützt werden.

30

31 Die Integration von Zuwanderern ist Voraussetzung zur Prävention von
32 wachsendem Islamismus in Deutschland. Hier wurde in Deutschland
33 lange zu wenig getan. Wir befürworten die Arbeit der Islamkonferenzen
34 und setzen großes Vertrauen in die Dialoge mit muslimischen Vereinen
35 und Gemeinschaften – auch im Hinblick auf entsprechende
36 Kooperationen in der Bildungspolitik. Die Konformität mit der Deutschen
37 Rechts- und Werteordnung des Grundgesetzes sowie dessen
38 Anerkennung durch Muslime und ihre Vertreter muss gewährleistet sein.

39

40 An dieser Stelle betont die Schüler Union die klare Unterscheidung
41 zwischen Islam und Islamismus. Die friedliche Ausübung der Religion
42 steht für uns an oberster Stelle. Ein friedlicher Islam ist für Deutschland
43 eine Bereicherung – unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit darf
44 allerdings kein Nährboden für Extremisten geschaffen werden!

45 Interkultureller Austausch und interreligiöse Kommunikation ist für uns
46 die Grundlage für friedliches Zusammenleben.